



2015/28 Interview

<https://shop.jungle.world/artikel/2015/28/franziskus-ist-ziemlich-erfolgreich>

Salvador Schavelzon im Gespräch über den Papstbesuch in Lateinamerika

»Franziskus ist ziemlich erfolgreich«

Von **David Graaff**

Am Sonntag hat Papst Franziskus seine mehrtägige Südamerikareise begonnen. Nicht nur Konservative, sondern auch viele Linke Lateinamerikas berufen sich auf den Katholizismus beziehungsweise das Christentum. Der Argentinier Salvador Schavelzon ist Kulturanthropologe. Er lehrt und forscht an der Universidade Federal de São Paulo (Brasilien) zu Staatsanthropologie, Plurinationalität und indigenem Kosmopolitismus. Mit ihm sprach die Jungle World über die Rolle der Kirche in Lateinamerika und ihr Verhältnis zu linken Regierungen sowie deren Verhältnis zu sozialen Bewegungen.

Papst Franziskus wird wegen seiner kapitalismuskritischen Äußerungen oft als »Linkskatholik« bezeichnet. Welche Auswirkung hat seine Wahl auf das katholische Lateinamerika und die links regierten Länder seiner Heimatregion?

Der Papst erfährt große mediale Aufmerksamkeit. Es wird ein Bild des Papstes gezeichnet, das ihn in die Nähe der Befreiungstheologie Lateinamerikas rückt, obwohl der ehemalige Erzbischof von Buenos Aires und Kardinal Jorge Bergoglio nie etwas mit ihr zu tun hatte. Die Kapitalismuskritik des Papstes ähnelt aber sehr derjenigen der nationalistisch-populistischen Regierungen in Lateinamerika. Sie ist nicht links, denn statt die Existenz der Klassengesellschaft anzuerkennen, setzt sie sich für einen widerspruchsfreien Kapitalismus ein, in dem die soziale Verortung und die Machtverteilung nicht infrage gestellt werden. Vom Papst haben wir bisher nicht gehört, dass die unteren Klassen die Macht übernehmen sollten oder ein anderes, gerechteres Gesellschaftssystem aufgebaut werden müsste. Und seine Positionen zur Fortpflanzung und zur rechtlichen Gleichstellung Homosexueller stimmen eher mit denen der Rechten in Lateinamerika überein.

Wie ist das in seinem Heimatland Argentinien?

Dort ist er sehr schnell mit dem Peronismo, wie ihn Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner vertritt, in Verbindung gebracht worden; jener in den vierziger Jahren entstandenen nationalistischen Bewegung, die sich am italienischen Faschismus orientierte und mit ihrer vieldeutigen Ideologie zwar den Armen nahesteht, aber auch definitiv nicht links ist. Als Jorge Bergoglio noch Erzbischof von Buenos Aires war, wurde er eher dem konservativen Flügel zugerechnet und hat sich mit der Regierung heftige Auseinandersetzungen geliefert, beispielsweise beim Thema der gleichgeschlechtlichen Ehe.

In seiner Fürsorge für die Armen hingegen stimmt er mit dem Peronismo überein. Sie ist aber in ihrer konservativen – für Jesuiten und basiskirchliche Organisationen charakteristischen –

Variante hierarchisch ausgerichtet und fern von gesellschaftlicher Mobilisierung und der Überwindung von Klassenwidersprüchen.

Was die Verbrechen während der argentinischen Militärdiktatur (1976 bis 1983) angeht, hat Jorge Bergoglio nie eine kritische Position eingenommen. Und das, obwohl seine Kirche Informationen über die Verbrechen hatte und zum Teil sogar Beihilfe leistete. Und seine Solidarität mit den Angehörigen der Opfer der Diktatur war nie sehr groß.

Mit Bolivien und Ecuador bereist Papst Franziskus zwei Länder mit linken Regierungen. Warum hat er gerade diese als Ziel seiner Reise ausgewählt?

Ich glaube, wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass Bergoglios Wahl zum Papst im März 2013 wenige Tage nach dem Tod des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez stattfand. Chávez hatte für die »Bürgerrevolution« Rafael Correas in Ecuador und im Bolivien von Evo Morales große politische Bedeutung. Nicht nur durch das von Chávez initiierte Alba-Bündnis gab es eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen diesen Staaten, auch das politische Modell Venezuelas war ein Referenzpunkt für Länder wie Ecuador und Bolivien.

Lateinamerika ist eine katholische Region, die von der Kirche nicht vernachlässigt werden kann, auch weil hier mehrere Millionen Menschen, vor allem der unteren Klassen, in die stetig wachsenden Pfingstkirchen eintreten. Es liegt meiner Ansicht nach auf der Hand, dass ein für soziale Themen empfänglicher Papst gewählt wurde, um in Lateinamerika eine Rolle zu spielen wie einst Papst Johannes Paul II. für Osteuropa: Er soll die verlorenen Seelen zurückgewinnen, die von Projekten gesellschaftlicher Veränderung mobilisiert wurden, die nicht die Sympathie des Vatikans genossen und das katholische Weltbild effizienter vertraten als die Kirche.

Wenn wir nun die sich verändernden Diskurse der führenden Politiker in Bolivien, Ecuador, Venezuela, Brasilien und Argentinien betrachten, die ja alle dem Papst sehr aufgeschlossen gegenüberstehen, müssen wir feststellen, dass Franziskus ziemlich erfolgreich ist. Die Popularität des Papstes würde von keinem Politiker mit Wahlambitionen infrage gestellt werden. Hier kommt aber auch die sichtbare nationalistische und »desarrollistische« Kehrtwende der staatlichen Linken in Lateinamerika zum Tragen.

Inwiefern?

Desarrollismo bedeutet die einseitige Fokussierung auf Wachstum, ohne Berücksichtigung der sozialen und ökologischen Folgen. Zugleich trifft man in der politischen Erzählung und Identität dieser Regierungen wieder auf den Nationalismus, der von den Bewegungen in der Phase der Mobilisierung ebenso wie von zahlreichen Intellektuellen abgelehnt wurde. Heute wird auf die Mittelschicht, Entwicklung und eine Sprache fokussiert, die das Vaterland beschwört: die Nation soll die Identität aller sein. Dies klammert die indigenen Kämpfe für Autonomie und einen über die Republik hinausgehenden Entwurf eines »plurinationalen« Staates wie in Ecuador und Bolivien aus.

Neben diesem Nationalismus wird meiner Einschätzung nach ein hegemoniales Verständnis dieser Regierungen deutlich, in dem Kritik nicht als Teil des politischen Raums toleriert wird. Dies äußert sich in medialer Hetze, politischer Ausgrenzung und in manchen Fällen in Verfolgung und Kriminalisierung gegenüber kritischen Gruppen, die eigentlich eine gewisse Öffnung von diesen Regierungen erwartet hatten.

Die meisten linken Regierungen in Lateinamerika haben nun zum Teil mehr als acht Jahre in Regierungsverantwortung absolviert. Wie viel ist von ihrem emanzipatorischen Anspruch übriggeblieben?

Ich denke, das mit dem »emanzipatorischen Anspruch« muss man relativieren. Diese politischen Projekte gründen sich heute eher auf nationalistische Rhetorik und das Aufstiegsversprechen durch den Zugang der armen Bevölkerung zum Massenkonsum. Diese Schichten sind es auch,

die vor allem bei Präsidentschaftswahlen für eine Wahlmehrheit der Regierungen sorgen. Inwieweit hat sich das politische Programm dieser Regierungen im Laufe der Jahre verändert? Viele dieser Regierungen haben ihre Kritik am entwicklungsorientierten Wirtschaftsmodell aufgegeben. Wenn wir Südamerika heute betrachten, sehen wir, dass es keinen Unterschied zwischen den wirtschaftlichen Modellen dieser Länder und denen in Peru, Mexiko oder Kolumbien gibt, die von konservativen Regierungen geführt werden. Zudem wird das kapitalistische Wachstum in Lateinamerika von der steigenden wirtschaftlichen Präsenz Russlands und Chinas begleitet, was viel mehr durch die multipolare Weltordnung zu erklären ist als durch ein Interesse an einem alternativen Politikmodell oder gar an Kapitalismuskritik. Wirtschaftswachstum und Verringerung der Armut finden zwar statt, sind aber den hohen Weltmarktpreisen für Rohstoffe zu verdanken, die sozialstaatliche Maßnahmen ermöglichen. Um das politische Projekt dieser Regierungen zu verstehen, müssen wir also eher von einem bestimmten Sozialstaatsmodell sprechen als von einem linken Bruch in der Umverteilung. Wie ist heute das Verhältnis zu den sozialen Bewegungen, durch die die Regierungen einst an die Macht kamen?

Einerseits wird deutlich, dass die sozialen Bewegungen, die im vorigen Jahrzehnt Protagonisten waren, politisch an Einfluss verloren haben. Dies liegt am Handeln jener Regierungen, die Führungsfiguren der Bewegungen als Funktionäre oder Abgeordnete eingesetzt haben, die so zum Teil der Institutionen wurden. Das führte jedoch nicht dazu, dass historische Forderungen der sozialen Bewegungen umgesetzt wurden. Die Kooptation und Kontrolle ist viel effektiver, wenn die neue Staatsmacht aus den sozialen Bewegungen stammt oder ihnen nahestand. Andererseits ist zu beobachten, dass sich soziale Bewegungen im Zuge neuer Proteste von den Regierungen distanzieren. Im Falle Ecuadors und Boliviens sind es die großen Indigenenorganisationen, in anderen Ländern Lateinamerikas auch Bewegungen, die gegen große Bergbauprojekte oder den Bau von Staudämmen protestieren, wie zum Beispiel in Belo Monte in Brasilien.

Wie steht es um die linke Opposition gegen den extractivismo, das auf Förderung von Rohstoffen beruhende Wirtschaftsmodell?

Der extractivismo steht heute im Zentrum der Kritik von Indigenen und Linken an den Regierungen. Beide haben aber nicht die politische Kraft, Wahlerfolge zu erzielen oder eine erneute Phase großer Mobilisierungen einzuleiten. In allen institutionell verankerten politischen Gruppen hingegen wird dieses Modell befürwortet. Das macht es schwierig, heute an postextraktivistische Szenarien zu denken und die Rodung und die Ausbreitung der Agrarindustrie aufzuhalten. Eigentlich sollte diese Debatte im Zentrum der Diskussion stehen.